

Wolfgang Gerhardt

Freiheit und Werte

Dr. Wolfgang Gerhardt,
*Vorsitzender des Vorstands der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.*

Politik und politischer Wettbewerb sind stets eine Auseinandersetzung über – oder auch ein Kampf um das Denken von Menschen. Dabei zählt nicht immer das richtige Argument, auch nicht die Kenntnis von Sachverhalten oder Verstand und Kompetenz. Es zählt das Prägen von Begriffen, die Semantik, der Appeal, die Empfindungen.

Auch im fünfzigsten Jahr ihres Bestehens bleibt für die Friedrich-Naumann-Stiftung die Etablierung und die Sicherung der Freiheit in der Gesellschaft das wichtigste Element ihrer Arbeit. Leitwert ist daher die Freiheit als höchster Wert, Garant von Menschenwürde, Basis für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

In der Tagespolitik erleben wir gegenwärtig die schwarz-rote Koalition. Manche Kommentatoren haben von ihr vieles erwartet. Viele Menschen sogar geradezu alles. Die vermeintlich Großen sollten endlich alles richten. Eine solche Haltung war am Anfang weit verbreitet. So als könne man sich dann selbst erleichtert und mit gutem Gewissen aus den öffentlichen Angelegenheiten zurückziehen. Der Staat, das sind dann eben die Anderen.

Das Denken in alten nationalstaatlichen Kategorien, das Denken in hergebrachten

sozialstaatlichen Konstellationen, das Denken in vertrauten individual- und erwerbsbiografischen Erwartungsmustern und das Denken in alten Gewohnheiten ist aber längst von Grund auf in Frage gestellt. Je länger wir brauchen, um uns das klar zu machen, desto mehr verpassen und verspielen wir neue Chancen und Möglichkeiten der individuellen, ökonomischen und politischen Gestaltungsfreiheit.

Diejenigen Gesellschaften werden am Ende erfolgreich sein, die mit dem Tempo der Veränderungen unserer Zeit am besten zurechtkommen, die Kompetenz im Wandel entfalten und zu neuen Antworten auf innere und äußere Herausforderungen fähig sind.

Bisher ist in Deutschland ein Überangebot an Politik vorhanden, das am Ende auf die Zerstörung der Kultur persönlicher Verantwortung hinausläuft. Paternalismus, Staatsinterventionismus und kollektive Lösungen sind allenthalben auf der Tagesordnung. Sie sind eine Art aufdringlicher friedlicher Belagerung von Staatsbürgern, von denen sich aber viele genau das gerne gefallen lassen. Kognitive Geizhalse nennt ein Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung solche Mitbürger. Sie pflegen eine unbestimmte Sehnsucht nach verantwortungsfreier Sicherheit, die in keinem ausgewogenen Verhältnis mehr zur Freiheit steht. Sie sehen überhaupt nicht, dass der alte Daseinsvorsorgestaat in Handlungsunfähigkeit erstarrt ist, die ungebremste und einstmals sehr populäre Überführung von individueller Vorsorge in das steuer- und beitragsfinanzierte Kollektiv schon längst nicht mehr finanzierbar ist. Der gesellschaftliche Verbrauch in der Gegenwart ist zu hoch, die nachhaltige Vorsorge für die Zukunft ist zu gering.

Die Marktwirtschaft, aber nicht nur sie, auch die Freiheit und ein waches Bewusstsein für ihre Gefährdungen haben kulturellen und politischen Boden in Deutschland verloren. Wettbewerb ist ein geradezu kontaminiertes Wort geworden. Und das doch gerade in einem Land, das wie kein anderes sein Selbstbewusstsein national wie international aus dem ökonomischen Erfolg bezog. Viele fürchten, dass Freiheit anderen mehr nutzt als ihnen selbst. In Deutschland herrscht ein Misstrauen

gegen Freiheitspotentiale des Menschen vor.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat mit ihrem think tank, dem Liberalen Institut, Grundsatzfragen in nahezu allen politischen Bereichen bearbeitet. Die Publikationen geben Hinweise auf notwendige Veränderungen und benennen die Richtung, in der sie angegangen werden sollen. Sie alle gehen von einer Überzeugung aus: Deutschland ist ein Land mit Potentialen. Lernen ist eine unerschöpfliche Ressource. Freiheit und soziale Marktwirtschaft sind Grundlagen unseres gesellschaftlichen Wohlstandes. Internationale Orientierung mit Europa und im transatlantischen Bündnis ist unsere Staatsräson. Fairness, Differenzierung, Eigenverantwortung, Generationengerechtigkeit und Teilhaberechtigkeit sind Zeichen der Qualität einer freiheitlichen Gesellschaft.

Es gilt, ein Bewusstsein für neue Herausforderungen zu entwickeln, eine Haltung zu deren Bewältigung zu schaffen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.

Bei dieser Menge an politischen Aufgaben und Herausforderungen ist es wichtig, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sich inhaltliche Schwerpunkte setzt und diese konsequent und zielführend bearbeitet. Politische Bildung ist aber mehr. Liberalismus ist eine Lebenskultur, die weit über das bloße Meinen und Dafürhalten hinausgeht. Er muss eine freiheitliche Gesellschaft beschreiben, die Kompetenz im Wandel ausstrahlt und den Charakter seiner politischen Vorstellungen darstellen, den er bei den Menschen beheimatet sehen möchte. Es geht um Markenpflege. Es geht um einen freiheitlichen Politikentwurf insgesamt.

Das Arbeitsprogramm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, das vom Vorstand für die Jahre 2008 bis 2011 beschlossen wurde, belegt die zentrale Bedeutung des Freiheitsbegriffs. Ganz bewusst hat sich die Stiftung den Namenszusatz »für die Freiheit« gegeben. Dass wir für Freiheit sind, ist natürlich nichts Neues. Aber es geht um etwas anderes.

Es geht darum, das Ansehen der Stiftung stärker auf die Freiheitsbotschaft zu fokussieren, sie zum Teil des Marketings und somit zum Markenzeichen werden zu lassen.

Deshalb gibt es Themenschwerpunkte. Die neuen Themenschwerpunkte sind weniger und thematisch enger gefasst als die früheren. Alle Themen der Schwerpunkte, die der Vorstand für die Zeit bis 2011 beschlossen hat, beginnen mit den zwei Worten »Freiheit und ...«. Dieser Gleichklang ist neu und mit gutem Grund gewählt.

Glaubt man den Medien, dann ist Freiheit nicht sonderlich »in«. Neo- oder Retrosozialismus scheint auf dem Vormarsch – im Inland in Form der Linkspartei, die sich auch im Westen etabliert, international durch sozialistische Nationalisten vom Schlage eines Hugo Chavez in Venezuela. Die weltweite Liberalisierung des Handels durch WTO durch die Doha-Runde scheint am Ende, in der EU wird kleinlicher Nationalprotektionismus (Stichwort Dienstleistungsrichtlinie) gepflegt und im Inland werden sinnvolle liberale Sozialreformen (Rente, Arbeitsmarkt) selbst dort, wo sie sich als erfolgreich erwiesen, schrittweise aufgeweicht und zurückgenommen. Es sind nicht die besten Zeiten für die Freiheit.

Gerade angesichts der Tatsache, dass in diesem Kontext die nächsten Bundestagswahlen im Jahre 2009 vielleicht die letzte Chance auf lange Sicht bilden, diesen Trend noch nachhaltig zu korrigieren, ist es wichtig, dass die öffentliche Meinung auch weiterhin für interessante liberale Ideen zu gewinnen ist.

Der erste Themenschwerpunkt behandelt den Bereich »Freiheit und Eigentum«. Hier gibt es im Wesentlichen drei Freiheitsbotschaften. Die erste Botschaft betrifft die ganz grundlegende moralische Rechtfertigung für Freiheit. Der Mensch ist zunächst sein eigenes Eigentum, er gehört sich selbst und niemand anderem. Deshalb darf er nicht Opfer von Gewalt oder Zwang unter fremdem Willen werden. Daraus ergibt sich, dass ihm zur Freiheit das gehört, was er friedlich erworben hat und was ihm deshalb nur unfriedlich entrissen werden kann. Die zweite Botschaft betrifft den Umstand, dass Eigentum zu langfristigen Denken

und zur Einhaltung von Regeln Anreize setzt. Man braucht nur den typischen privaten Vorgarten und eine öffentliche Untergrundstation sehen, um den Unterschied zu sehen. Die dritte Botschaft betrifft die öffentliche Sphäre und hängt ein wenig mit dem zweiten Thema zusammen. Dauerarbeitslosigkeit und die damit verbundene Staatsabhängigkeit zunehmend vieler Menschen, die sich inzwischen in diesem »Lebensstil« eingerichtet haben, führt zu einer Schwächung von Demokratie und Bürgergesellschaft. Der Bürger verliert seine Unabhängigkeit gegenüber denen, die er kontrollieren und wählen soll. Deshalb muss Eigentumsbildung erleichtert werden und die Erwerbsarbeit vor der Sozialleistung rangieren.

Gerade der letzte Aspekt ist wichtig, weil er ein Anknüpfen an die klassischen Themen des Liberalismus in der Steuer- und Wirtschaftspolitik erweitert. Liberale Politik kann nur Erfolg haben, wenn sie die gesellschaftlichen Voraussetzungen richtig analysiert, auf denen sie basiert.

Das ist auch der Hintergrund des zweiten Themenschwerpunkts »Freiheit und Bürgergesellschaft«. Auch hier gibt es drei Freiheitsbotschaften: Die erste Botschaft betrifft den selbstverständlichen Grundsatz, dass in einer freien Gesellschaft der Bürger Vorrang vor dem Staatsapparat hat. Alles, was privat geleistet werden kann, sollte auch privat geleistet werden. Die zweite Botschaft betrifft aber nicht das, was manch einer erwartet. Unterstellt wird gerne, dass Liberale nur vom Markt reden. Dessen Freiheit ist natürlich ein Kernanliegen, aber nicht die einzige Option, über die freie Menschen verfügen. In einer freien Gesellschaft wird vieles, was sonst der Staat tun würde, von den Bürgern selbst gemeinschaftlich erledigt. Dem bürgerlichen Engagement muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Staatlichen Stellen fällt es oft schwer, den Bürgern die Angelegenheiten wieder zurückzugeben, die sie den Bürgern abgenommen haben. Die dritte Botschaft betrifft die Subsidiarität. Wo Politik geschieht, sollte sie bürgernah sein. Die Gestaltungsräume der bürgernahsten Politikenebenen muss gestärkt und die Mitbestimmungsrechte ausgebaut werden.

Bürgerfreiheit ist nur sicher, wo sie institutionell gesichert ist. Damit rückt das Thema »Freiheit und Rechtsstaat« in den Mittelpunkt. Dies ist immer ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit gewesen, denn der Rechtsstaat ist neben der Marktwirtschaft die zweite Säule liberaler Programmatik. Deshalb beginnen die Freiheitsbotschaften mit einer schon fast trivialen Festsstellung. Die erste Botschaft betrifft den einfachen Umstand, dass ohne rechtliche Sicherung Freiheit sich selbst aufhebt. Also: Ohne Rechtsstaat keine Freiheit. Ohne Recht herrschen Willkür, Gewalt und das Recht des Stärkeren. Die zweite Botschaft betrifft folgerichtig den Umstand, dass Recht zum Schutz der Schwachen ist. Das Klischee, das vom politischen Gegner verbreitet wird, besagt das Gegenteil, nämlich, dass der liberale Rechtsstaat nur denen nütze, die reich sind. Das Gegenteil ist richtig. Wer vermögend ist, weiß sich auch unter rechtlosen Bedingungen zu behaupten. Rechtlosigkeit trifft besonders die Schwachen. Umgekehrt ist die Situation der Menschen – und nicht nur der Eliten – dort am besten, wo rechtsstaatliche Verhältnisse herrschen. Die dritte Botschaft betrifft genau das, nämlich, dass Rechtsstaat und gute Wirtschaftsordnung zusammengehören. Bei dem viel beschworenen Gegensatz zwischen Rechtsstaats- und Marktliberalen handelt es sich allenfalls um eine Wahrnehmungsdissonanz, nicht aber um ein reales Problem. Der Markt setzt den Rechtsstaat voraus und der Rechtsstaat ist gefährdet, wo die Marktwirtschaft allzu unfrei wird. Es ist eben auch eine Aufgabe des Rechtsstaats, die Marktwirtschaft zu sichern.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird, wie in den fünfzig Jahren zuvor, auch mit diesem ambitionierten Arbeitsprogramm die Sache der Freiheit in Deutschland und weltweit vorantreiben. Wir laden alle Interessierten ein, diesen Weg mit uns zu gehen und die Angebote der Stiftung zur Mitarbeit anzunehmen.